

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN · Friedhofstraße 6 · Recklinghausen

An

Die Mitglieder des Kreisverbandes Recklinghausen

**Kreisverband Recklinghausen**

Geschäftsstelle  
Friedhofstraße 6  
45657 Recklinghausen

info@gruene-kreis-re.de

Recklinghausen, 20. April 2026

## ***Handlungsempfehlungen: Urabstimmung 2026***

Liebe Freund\*innen,

in den kommenden Wochen steht eine wichtige Entscheidung für unsere Partei an: Im Rahmen der Urabstimmung 2026 stimmen alle Mitglieder über zentrale Änderungen unserer Satzung ab. Dabei geht es um grundlegende Fragen unserer innerparteilichen Organisation – also darum, wie wir künftig zusammenarbeiten, entscheiden und unsere Partei weiterentwickeln.

Um euch eine fundierte Meinungsbildung zu ermöglichen, haben wir im Kreisverband Recklinghausen eine Informations- und Diskussionsveranstaltung durchgeführt. Dort wurden die einzelnen Vorschläge intensiv besprochen und gemeinsam Handlungsempfehlungen erarbeitet.

Diese Empfehlungen möchten wir euch mit diesem Dokument zur Verfügung stellen und zugleich auf der kommenden Kreismitgliederversammlung zur Abstimmung stellen. Sie sollen euch als Orientierung dienen und gleichzeitig die Position unseres Kreisverbands im weiteren Prozess widerspiegeln.

Wir laden euch herzlich ein, euch mit den Inhalten auseinanderzusetzen und euch aktiv in die Debatte einzubringen.

Euer Kreisvorstand

# ***I. Urabstimmungsinitiative zur Bundesversammlung***

## **Grundmandat** (zur Bundesversammlung/BDK)

**Hintergrund:** Ziel der Satzungsänderung ist es, einen fairen und rechtssicheren Ausgleich für Kreisverbände mit nur einem Delegiertenplatz zu schaffen, die durch die geltenden Regelungen keine Möglichkeit zur Öffnung dieses Platzes haben. Mit Zustimmung zu dieser Änderung wird es den Kreisverbänden ermöglicht ihren Delegiertenplatz einmalig für eine Bundesversammlung zu öffnen. Der Delegiertenplatz bleibt danach jedoch wieder ein Frauenplatz. Diese Öffnungsklausel wird gestaffelt nach dem Namen der Kreisverbände über drei Jahre eingeführt, damit die Mindestquotierung der Bundesversammlung gesichert bleibt. Das Frauenstatut selbst bleibt unverändert und abgesichert durch Vetorechte und Frauenvotum.

**Votum:** keine Empfehlung

**Begründung:** Der Bundesverband begründet die vorgeschlagene Satzungsänderung unter anderem damit, dass seitens des Bundesschiedsgerichts angedeutet wurde, dass die derzeitige Regelung möglicherweise ein parteienrechtliches Problem darstellen könnte. Hintergrund ist, dass Kreisverbände mit nur einem Delegiertenplatz („Grundmandat“) aufgrund der Vorgaben des Frauenstatuts faktisch ausschließlich Frauen als ordentliche Delegierte zur Bundesdelegiertenkonferenz entsenden können. Dies betrifft insbesondere kleinere Kreisverbände und insgesamt mehr als die Hälfte aller Kreisverbände.

Gleichzeitig ist eine pauschale Freigabe dieser Plätze nicht möglich, da die Regelungen des Frauenstatuts weiterhin gelten müssen. Eine nicht ordnungsgemäß quотиerte Bundesdelegiertenkonferenz wäre nicht beschlussfähig. Vor diesem Spannungsfeld gilt es daher, eine rechtssichere und zugleich den Gleichstellungszielen entsprechende Lösung zu finden.

Die vorgeschlagene Änderung ist aus Sicht der Mitglieder zu kompliziert, gleichzeitig ist der von dem Bundesvorstand vorgeschlagene Satzungsänderungstext in seiner Formulierung zu unkonkret. Die Mitglieder erkennen den Bedarf einer Neuregelung an, haben aber keine eindeutige Positionierung zum vorgeschlagenen Verfahren erarbeitet.

## Information zur Sonder-BDK

**Hintergrund:** Ziel der Satzungsänderung ist es, den Initiator\*innen einer Initiative zur Einberufung einer Sonder-BDK – auf Antrag eines Zehntels der Mitglieder der Bundespartei, eines Zehntels der Kreisverbände oder von mindestens drei Landesverbänden – das satzungsmäßige Recht einzuräumen, alle Mitglieder über diese Initiative über die parteiinternen Verteiler zu informieren.

**Votum:** Zustimmung

**Begründung:** Das Quorum zur Einberufung einer Sonder-BDK (mindestens ein Zehntel der Parteimitglieder, ein Zehntel der Kreisverbände oder drei Landesverbände) ist sehr hoch angesetzt und erfordert die Mobilisierung vieler Personen über die eigene Region und eigene Bekanntschaften hinaus. Initiator\*innen das Recht zu geben, über die Verteiler des Bundesverbandes über ihre Initiative aufzuklären, stärkt die basisdemokratische Tradition unserer Partei und ist zu begrüßen.

## Fristen

**Hintergrund:** Ziel der Satzungsänderung ist es, die Frist für die Einreichung von Anträgen um zwei Wochen vorzuverlegen und somit den Verhandlungszeitraum bis zum Parteitag für Antragsteller\*innen und Antragskommission zu verlängern. Außerdem wird die postalische Verschickung der Anträge an die Kreisverbände abgeschafft. Dazu legt die Satzungsänderung fest, dass bei einer kurzfristig einberufenen Sonder-BDK die Fristen zur Antragstellung verkürzt werden können.

**Votum:** Zustimmung

**Begründung:** Frühere Antragsfristen ermöglichen der Antragskommission, schneller Transparenz über Verfahren herzustellen. Delegierte können sich so besser auf die BDK vorbereiten.

## Antragsrecht Ortsverbände

**Hintergrund:** Die Satzungsänderung hat zum Ziel, die Antragstellung durch Kreisverbände zu stärken. Bei Zustimmung zur folgenden Satzungsänderung sind Ortsverbände nicht mehr antragsberechtigt auf einer Bundesversammlung.

**Votum:** Zustimmung

**Begründung:** Das Antragsrecht für Ortsverbände ist in der Vergangenheit schon selten genutzt worden. Eine Abschaffung stärkt den Weg der Antragstellung über Kreisverbände und sorgt für eine übersichtlichere Antragslage.

## Einzelantragsteller\*innen

**Hintergrund:** Die Satzungsänderung hat zum Ziel, den Gremienweg zur Antragstellung zu stärken, die Anzahl der (Änderungs-)Anträge auf den Parteitag zu reduzieren und somit die Debatten und Abstimmungen für die Delegierten transparenter und verständlicher zu machen. Die Zustimmung zur folgenden Satzungsänderung bedeutet, dass es in Zukunft 0,05 % der Mitglieder braucht, um einen Antrag an den Parteitag zu stellen.

**Votum:** Zustimmung

**Begründung:** Das erhöhte Quorum stärkt den Weg der Antragstellung über Kreisverbände und sorgt für eine übersichtlichere Antragslage, da mit insgesamt weniger Anträgen zu rechnen ist. Das neue Quorum von 0,05% der Mitglieder würde derzeit ein Quorum von etwa 90 Unterstützer\*innen bedeuten. Diese Hürde ist nach wie vor vergleichsweise leicht zu nehmen.

## Mindestquotierung bei Antragstellung

**Hintergrund:** Die Satzungsänderung hat zum Ziel, das Prinzip der gleichberechtigten Teilhabe weiterzuentwickeln: Mindestens 50 % der erforderlichen Unterstützer\*innen müssen zukünftig Frauen sein.

**Votum:** Zustimmung

**Begründung:** Derzeit ist bei Anträgen, für die einzelne Unterstützer\*innen gesammelt werden müssen, keine Mindestquotierung der Unterstützer\*innen erforderlich. Unterstützer\*innen Anträge haben oftmals eine sehr geringe Frauenquote. Die Erfordernis einer Mindestquotierung führt zu einer adäquateren Einbeziehung der Belange und Sichtweisen von Frauen.

## Antragstellung

**Hintergrund:** Die Satzungsänderung hat zum Ziel die Anzahl der Anträge auf einer Bundesversammlung eingrenzen zu können, um somit die Debatten und Abstimmungen für die Delegierten transparenter und verständlicher zu machen. Die Zustimmung zu dieser Satzungsänderung ermöglicht dem Parteitag in seiner Geschäftsordnung eine Höchstzahl an (Änderungs-)Anträgen für eine Bundesversammlung festzulegen, die ein Gremium oder Mitglied an die Bundesversammlung stellen kann.

**Votum:** Zustimmung

**Begründung:** Grüne Parteitage haben in aller Regel eine Rekordanzahl an Anträgen, wobei auffällig ist, dass einige einzelne Antragsteller\*innen oder Kreisverbände besonders viele Anträge stellen. Die Möglichkeit der Eingrenzung der maximalen Antragszahl pro Antragsberechtigtem würde eine Verringerung der Antragszahl und damit zu einer größeren Transparenz über zu diskutierende Inhalte führen.

## Antragskommission

**Hintergrund:** Die Satzungsänderung hat zum Ziel, die Aufgaben der Antragskommission zu klären und ihr effektive Instrumente an die Hand zu geben, um die Debatten und Abstimmungen auf der Bundesversammlung für die Delegierten zu strukturieren und somit verständlicher zu machen. Eine Zustimmung zu dieser Satzungsänderung ermöglicht es der Antragskommission, dem Parteitag rechtssichere Empfehlungen über das Antragsverfahren zu machen. Außerdem wird eine Frist zur Veröffentlichung von Verfahrensvorschlägen der Antragskommission eingeführt, die ebenfalls zu einer besseren Übersichtlichkeit der Antragslage auf dem Parteitag führen soll.

**Votum:** Zustimmung

**Begründung:** Die Satzungsänderung stellt die Aufgaben und Handlungsmöglichkeiten der – bislang oft intransparent arbeitenden – Antragskommission klar. Transparenz über Verfahrensvorschläge ist für die Arbeit der Delegierten unerlässlich und somit zu begrüßen. Die Einführung einer 48-Stunden-Frist zur Veröffentlichung der Verfahrensvorschläge vor einer BDK sorgt ebenfalls dafür, dass Delegierte ausreichend Zeit haben, die Unterlagen zu sichten und sich auf die Abstimmungen vorzubereiten.

## ***II. Urabstimmungsinitiative zur Gremienreform***

### **Mitgliederrat**

**Hintergrund:** Ziel der Satzungsänderung ist es einen Debattenraum, ähnlich wie einen Bürgerrat, zu schaffen, indem geloste Mitglieder Handlungsempfehlungen für in der Partei und Gesellschaft kontrovers diskutierte Themen erarbeiten. Die Zustimmung zu der folgenden Satzungsänderung führt zu einer Einführung dieses neuen Instrumentes in die Satzung.

**Votum:** Zustimmung

**Begründung:** Mitgliederräte stärken die Mitarbeit von Basismitgliedern an der politischen Arbeit der (Bundes-)Partei. Analog zu Bürger\*innenräten, die vom Deutschen Bundestag ins Leben gerufen worden sind, können Mitgliederräte wertvolle beratende Arbeit zur Entwicklung politische Positionen leisten.

### **Länderrat/Parteirat**

**Hintergrund:** Ziel der Satzungsänderung ist es, durch die Reform des Länderrates und die Wahl eines aus seiner Mitte gebildeten Parteirats politische Verantwortung, fachliche Expertise und strategische Koordination verbindlich zusammenzuführen – auch mit dem Ziel, informelle Abstimmungsformate in transparente Entscheidungsstrukturen zu überführen. Es geht um einen Abbau von Doppelstrukturen und eine nachhaltige Stärkung der Schlagkraft und strategischen Handlungsfähigkeit der Partei über die Ebenen hinweg. Eine Zustimmung zur vorliegenden Satzungsänderung führt zu einer Erweiterung des Länderrates und einer Reform des Parteirates, welcher zukünftig aus der Mitte des Länderrates gewählt wird.

**Votum:** Zustimmung

**Begründung:** Die vorgeschlagene Änderung schafft transparente Gremienstrukturen, die der Vielzahl an Verantwortungskonstellationen Rechnung trägt, in denen wir in Kommunen, Ländern und dem Bund arbeiten. Insbesondere die Beteiligung von kommunalen Verantwortungsträger\*innen unserer Partei stärkt die Berücksichtigung kommunaler Belange in unserer bundespolitischen Ausrichtung.

Ein umgestalteter Länder- und Parteirat können wertvolle strategische Beratung unter Berücksichtigung der Perspektiven der verschiedenen politischen Ebenen sicherstellen.

### ***III. Urabstimmungsinitiative zum Bundesvorstand***

#### **Generalsekretär\*in**

**Hintergrund:** Ziel der Satzungsänderung ist es, durch eine allgemein verständliche Rollenbezeichnung die Einordnung im politischen Betrieb zu erleichtern, Erklärungsbedarf über Aufgaben und Funktion zu vermeiden und die institutionelle Gleichwertigkeit in interparteilichen sowie öffentlichen Kontexten zu stärken. Eine Zustimmung zur folgenden Satzungsänderung führt zur Umbenennung der Position der politischen Geschäftsführung hin zur\*zum Generalsekretär\*in.

#### **Votum: Zustimmung**

**Begründung:** Die Umbenennung der politischen Geschäftsführung im Bundesvorstand zum\*zur Generalsekretär\*in bringt formal keine Änderung von Zuständigkeiten oder inhaltlichen Ausrichtungen mit sich. Nichtsdestotrotz ist die Bezeichnung „Generalsekretär\*in“ in anderen Parteien weit verbreitet und wird in der politischen Öffentlichkeit oft genutzt. Die Umbenennung in Generalsekretär\*in schafft größere Sichtbarkeit gegenüber anderen Parteien.

Implizit ist mit der Umbenennung in Generalsekretär\*in auch eine neue Ausrichtung zu erwarten. Generalsekretär\*innen anderer Parteien vertreten in der Öffentlichkeit oftmals kontroverse Positionen und schaffen so Sichtbarkeit und platzieren grüne Positionen in öffentlichen Debatten.

## Wahl des Bundesvorstands

**Hintergrund:** Ziel der Satzungsänderung ist es, eine fundierte, effiziente und demokratisch hochwertige Entscheidungsfindung bei der Wahl des Bundesvorstands zu stärken, indem Kandidaturen durch klare und ausgewogene Zugangsvoraussetzungen strukturiert werden, die einerseits eine frühzeitige innerparteiliche Verankerung und inhaltliche Auseinandersetzung über Unterstützungsvoten aus Kreismitgliederversammlungen oder Landesvorständen fördern und andererseits durch die alternative Unterstützung von 10 Prozent der Delegierten auch spontane und demokratisch legitimierte Kandidaturen auf der Bundesdelegiertenkonferenz ermöglichen. Eine Zustimmung zu der folgenden Satzungsänderung hat eine Einführung dieser Zugangsvoraussetzungen zur Folge.

### Votum: Zustimmung

**Begründung:** Die Einführung von Zugangsvoraussetzungen zur Wahl des Bundesvorstands hat zur Folge, dass nicht mehr jedes Parteimitglied auf einer BDK für den Bundesvorstand kandidieren darf, sondern bereits im Vorfeld die Unterstützung von Mitgliedern der Partei nachweisen muss. Die Änderung ist deswegen zu begrüßen, weil es das Wahlverfahren schneller und übersichtlicher gestaltet. Außerdem verhindert sie den Missbrauch der Vorstandswahl durch Mitglieder, die vorsätzlich die Presseöffentlichkeit der Wahl zur Verbreitung von Positionen nutzen, die sich nicht mit den eigentlichen Positionen der Partei decken.

Die Hürden zur Kandidatur sind relativ gering angesetzt, sodass nach wie vor die Möglichkeit von Kampfkandidaturen besteht. Drei Kreisverbände sind eine übersichtliche Hürde. Zudem gilt: wer auf einer BDK nicht einmal 10% der Delegierten zu einer Zulassung der eigenen Kandidatur bewegen könnte, hätte es mutmaßlich schwer, in einer Kandidatur eine relevante Anzahl an Mitgliedern von seiner\*ihre Wahl zu überzeugen.



## Trennung von Amt und Mandat I

**Hintergrund:** Ziel der Satzungsänderung ist es, mehr Flexibilität bei der Wahl und Zusammensetzung des Bundesvorstands zu ermöglichen. Eine Zustimmung zur folgenden Satzungsänderung bedeutet, dass die Bundesversammlung die Wahl hat, eine\*n zusätzliche\*n Mandatsträger\*in in den Bundesvorstand zu wählen. Damit erhöht sich die Zahl von zwei auf drei.

**Votum:** Ablehnung

**Begründung:** Die Trennung von Amt und Mandat gehört zu den Grundprinzipien Grüner politischer Arbeit und ist seit Gründung der Partei fester Bestandteil unseres Wertefundaments. Eine Aufweichung der Regelung bedürfte also einer guten Begründung. Eine Notwendigkeit der Erweiterung auf ein weiteres Bundesvorstandsmitglied mit Mandat in Bund, Land oder Europa ist nicht ersichtlich. Bisher sind bereits zwei Mitglieder des Bundesvorstands zeitgleich Bundestagsabgeordnete.

## Trennung von Amt und Mandat II

**Hintergrund:** Ziel der Satzungsänderung ist es, die Zahl der Bundestagsabgeordneten im Bundesvorstand auf zwei zu begrenzen, auch wenn die maximale Gesamtzahl der Mandatsträger\*innen im Bundesvorstand auf drei erhöht wird. Als dritte Mandatsträger\*in könnte in diesem Fall neben zwei Bundestagsabgeordneten ein Mitglied eines Landtages oder des Europaparlaments kandidieren.

Bitte beachten: Der erste Satz von § 17 Abs. 5 wird entsprechend der Abstimmung Trennung von Amt und Mandat I angepasst.

**Votum:** Ablehnung

**Begründung:** Eine Erweiterung auf eine\*n dritte\*n Mandatsträger\*in im Vorstand und die zeitgleiche Einschränkung auf Mitglieder von Landtagen oder des Europaparlaments scheint inkonsequent. Auch hier ist keine unmittelbare Notwendigkeit ersichtlich.

## Transparenzpflichten

**Hintergrund:** Ziel der Satzungsänderungen ist es, eine umfassende Transparenzpflicht bei der Kandidatur für ein Bundesvorstandsamt einzuführen. Die Zustimmung zu den folgenden Satzungsänderungen führt zu einer verbindlichen Offenlegung von bezahlten und unbezahlten Tätigkeiten von Kandidat\*innen und gewählten Mitgliedern des Bundesvorstands sowie zu klaren Standards zu Transparenz, Integrität und Rechenschaftspflicht bei der Wahrnehmung von Ämtern, Funktionen und Mandaten auf Bundes- und Europaebene.

**Votum:** Zustimmung

**Begründung:** Die Einführung von Transparenzpflichten ist zu begrüßen, denn sie beugt Interessenskonflikten oder Korruption vor.

## ***IV. Urabstimmungsinitiative zum Vielfaltsstatut***

### **Vielfaltsstatut**

**Hintergrund:** Ziel der Satzungsänderung ist es die Repräsentation von Menschen mit Vielfaltsmerkmalen in unser Partei stärken. Eine Zustimmung zur folgenden Satzungsänderung führt zur Einführung einer transparenten Berichterstattung sowie überprüfbaren Zwischenziele mit Blick auf die Repräsentation und den Abbau von Hürden.

**Votum:** **Zustimmung**

**Begründung:** Die Stärkung von Vielfalt innerhalb unserer Partei ist Kernauftrag aus unseren eigenen Werten, die Weltoffenheit, Vielfalt und Toleranz hochhalten. Die Einführung von messbaren Zielen und Rechenschaftspflichten gibt diesem Anliegen einen höheren Stellenwert und leistet der Erfüllung der vom Vielfaltsstatut beabsichtigten Ziele Vorschub.